

6/2026 2. APRIL

- 2 **Inflation** Öl befeuert die Teuerung
- 3 **Bürgergeld** Mythos „Totalverweigerer“
- 4 **Homeoffice** Aufruf zur Rückkehr ins Büro sorgt oft für Frust
- 6 **Elektromobilität** Klare Strategie gefragt
- 7 **Industrie** Insourcing – Spielraum für Mitsprache

KONJUNKTUR

Iran-Krieg kostet Wachstum

Der Konflikt in Nahost dürfte laut IMK den Aufschwung deutlich bremsen. In einem Risikoszenario würde das Wachstum 2026 fast vollständig zum Erliegen kommen.

Die deutsche Wirtschaft kann in diesem Jahr um 0,9 Prozent und 2027 um 1,6 Prozent wachsen. Voraussetzung dafür ist, dass der Iran-Krieg nicht über den Sommer hinaus andauert, die Energielieferungen durch die Straße von Hormus im Sommer wieder ungehindert laufen und die Öl- und Gas-Infrastruktur der Golfstaaten nicht substanziell beschädigt wird. Von diesem Szenario geht das IMK in seiner neuen Konjunkturprognose aus. Gegenüber der vorherigen Prognose vom Dezember 2025 fällt die Wachstumserwartung für 2026 um 0,3 Prozentpunkte niedriger aus.

Die Energiepreise werden sich laut den Ökonomen und Ökonomen nach dem starken Anstieg bis zum Jahresende wieder normalisieren. Ab dem zweiten Halbjahr dürfen die positiven Impulse erhöhter staatlicher Investitionen und eines wieder anziehenden privaten Konsums die Wirtschaftsentwicklung bestimmen. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt im Jahresdurchschnitt 2026 um 0,2 Prozent ab, die Arbeitslosigkeit steigt geringfügig um 30 000 Personen auf knapp 2,98 Millionen im Jahresmittel, die Arbeitslosen-

quote liegt bei 6,3 Prozent wie im Vorjahr. Für 2027 veranschlagen die Forschenden einen minimalen Anstieg der Erwerbstätigenzahl um jahresdurchschnittlich 0,1 Prozent. Die Arbeitslosigkeit sinkt um knapp 20 000 Personen, die Quote bleibt bei 6,3 Prozent.

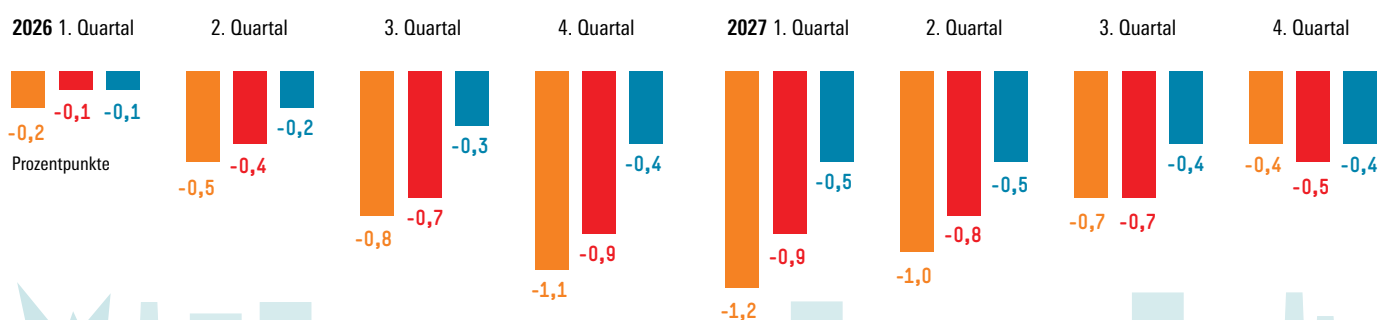
Sollten die kriegesischen Auseinandersetzungen der USA und Israels mit dem Iran länger anhalten oder der Konflikt weiter eskalieren, könnte der bis zum Kriegsausbruch erwartete wirtschaftliche Aufschwung im laufenden Jahr ausfallen: In einem Negativszenario würde das Bruttoinlandsprodukt laut IMK 2026 um allenfalls 0,2 Prozent zunehmen, 2027 um 1,4 Prozent.

Bei einem Kriegsende bis zum Sommer seien „die Bedingungen für einen selbsttragenden Aufschwung noch gegeben“, schreiben die Ökonomen und Ökonomen. „Vorausgesetzt sind allerdings eine besonnene Geldpolitik und eine aktive Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die transformative Investitionen vorantreibt und gegebenenfalls einen Beitrag zur Sicherung der Preisstabilität leistet.“ > > >

Risiko Energiepreisschock

So stark würde ein langer Iran-Krieg das Wirtschaftswachstum senken ...

Deutschland USA Welt



Konkret solle die EZB umgehend signalisieren, dass sie die Leitzinsen nur erhöhen würde, wenn die Versorgungsengpässe über den Sommer hinaus anhalten und der Energiepreisschub Zweitrundeneffekte auslöst. Die Politik müsse sicherstellen, dass die Mittel aus dem Sondervermögen wirklich in zusätzliche Investitionen fließen. Für den – aktuell unwahrscheinlichen – Fall einer verfestigten höheren Inflation sollte sie Vorbereitungen treffen, indem sie beispielsweise Maßnahmen zur Deckelung von Energiepreisen ins Auge fasst oder eine Neuauflage der Inflationsprämie.

„Im Februar haben wir noch darüber nachgedacht, die Prognose für 2026 anzuheben, weil zunehmend positive Signale kamen, bis hin zu den Industrieaufträgen. Eine durchgreifende Erholung war absehbar. Das verhaseln nun zumindest zum Teil die wirtschaftlichen Effekte des Kriegs, schlimmstenfalls verschärfen sie das Risiko einer Deindustrialisierung in Deutschland“, sagt IMK-Direktor Sebastian Dullien.

Es sei in dieser Situation besonders wichtig, die Ursachen für den Rückschlag sauber einzuordnen, betont der Ökonom: „Die deutsche Wirtschaft leidet unter Entscheidungen ausländischer Politiker, nicht unter klassischen Standort- oder Wettbewerbsproblemen. Zugespitzt gesagt: Wenn der Iran-Krieg die Energiepreise hochtreibt oder die amerikanische und die chinesische Regierung durch Zollbarrieren, Subventionen oder gezielte Abwertung ihrer Währungen Exporte aus Europa ausbremsen, hilft es nichts, im Inland mit Druck auf die Löhne, Deregulierung bei der Arbeitszeit oder aktionistischen Einschnitten bei der sozialen Sicherung zu reagieren. Im Gegenteil: Damit schwächen wir den privaten Konsum als aktuell besonders wichtigen Stabilitätsfaktor.“ <

Quelle: Christian Breuer u.a.: Irankrieg und Energiepreisschock gefährden wirtschaftliche Erholung – Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2026/2027, IMK-Report Nr. 200, März 2026 [Link zur Studie](#)

INFLATION

Öl befeuert die Teuerung

In den kommenden Monaten dürfte der Iran-Krieg die Inflation in die Höhe treiben. Bis zum Jahresende könnte der Effekt aber nachlassen.

Der Preisschock bei Energie, insbesondere Öl, dürfte die Inflationsrate in Deutschland im zweiten Quartal 2026 auf merklich über 2,5 Prozent erhöhen. Dabei werden Alleinziehende und Paarfamilien mit niedrigen und mittleren Einkommen etwas stärker belastet als Alleinlebende und als Familien mit hohen Einkommen, weil in ihren Warenkörben Ausgaben für Autokraftstoffe mehr Gewicht haben. Zu diesem Ergebnis kommt der neue Inflationsmonitor des IMK.

In welchem Maße die höheren Energiepreise auch weitere Waren und Dienstleistungen für unterschiedliche Haushalte verteuern, kann aktuell noch nicht genau abgeschätzt werden. Dauert der Krieg nicht länger als wenige Monate, könnten die Auswirkungen auf die Inflation insgesamt aber begrenzt bleiben. Konkret: Wird die Blockade der Straße von Hormus im Sommer wieder aufgehoben und bleibt die Öl- und Gasinfrastruktur der Golfstaaten weitgehend intakt, dürften die Rohöl- und Erdgaspreise im weiteren Jahresverlauf wieder auf das Niveau von Ende 2025 zurückfallen, prognostiziert IMK-Expertin Silke Tober. Hintergrund: Der bereits seit Jahren mit Sanktionen belegte Iran spielt für die Energieversorgung Deutschlands keine relevante Rolle. Daher ist der dauerhafte Effekt gering – anders als im Kontext des russischen Überfalls auf die Ukraine, als mit Russland ein wesentlicher Lieferant ausfiel.

„Zwar wird die Inflation kurzfristig deutlich über zwei Prozent steigen, im kommenden Jahr aufgrund von Basiseffekten jedoch deutlich darunter liegen“, schreibt Tober. Die Europäische Zentralbank sollte die Leitzinsen vorerst nicht erhöhen, zumal die hohen Energiepreise ohnehin die europäische Wirtschaft und insbesondere die Industrie belasten

und eine Zinserhöhung die Konjunktur noch einmal zusätzlich bremsen würde, so die Ökonomin.

Tober hat berechnet, wie stark sich eine Verteuerung der Kraftstoffpreise auf die haushaltsspezifischen Inflationsraten auswirkt und wie hoch die Kosten bei unverändertem Verbrauch ausfallen. Ausgehend vom Niveau im Februar 2026 steigert ein Anstieg der Kraftstoffpreise um 20 Cent je Liter – Super E10 auf 1,96 Euro pro Liter und Diesel auf 1,92 Euro pro Liter – die allgemeine Inflationsrate direkt um 0,41 Prozentpunkte.

Den höchsten Anstieg der Inflationsrate um jeweils 0,6 Prozentpunkte verzeichnen dabei Familien mit geringem und mittlerem Einkommen sowie Alleinziehende mit mittlerem Einkommen. Einkommensstarke Alleinlebende befinden sich mit 0,4 Prozentpunkten im Mittelfeld, während einkommensschwache Alleinlebende, die in der Regel keinen Pkw besitzen, mit 0,2 Prozentpunkten die geringste Inflationsbelastung durch die höheren Kraftstoffpreise aufweisen. <

Quelle: Silke Tober: IMK Inflationsmonitor: Kraftstoffpreise bereits im Februar spürbar gestiegen, deutsche Inflation sinkt dennoch auf 1,9%, IMK Policy Brief Nr. 210, März 2026 [Link zur Studie](#)



NEUES AUS DER FORSCHUNG

Das neue Forschungsmonitoring „Arbeit der Zukunft“ listet aktuelle Publikationen auf zu Themen wie Standards für digitale Arbeitsformen, Beschäftigung im Wandel oder KI und sozial-ökologische Transformation.

https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-009358